

Auf seiner 5645. Sitzung am 23. März 2007 beschloss der Rat, den Vertreter Afghanistans einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Afghanistan“ teilzunehmen.

**Resolution 1746 (2007)  
vom 23. März 2007**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen über Afghanistan, insbesondere die Resolution 1662 (2006) vom 23. März 2006, mit der er das in dem Bericht des Generalsekretärs vom 7. März 2006<sup>177</sup> festgelegte Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan bis einschließlich 23. März 2007 verlängerte, und auf die Resolution 1659 (2006) vom 15. Februar 2006, in der er sich den Afghanistan-Pakt<sup>175</sup> zu eigen machte, sowie unter Hinweis auf den Bericht der vom 11. bis 16. November 2006 nach Afghanistan entsandten Mission des Sicherheitsrats<sup>178</sup>,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

*bekräftigend*, dass er die Regierung und das Volk Afghanistans auch künftig dabei unterstützen wird, ihr Land wieder aufzubauen, die Grundlagen eines dauerhaften Friedens und einer konstitutionellen Demokratie zu stärken und ihren rechtmäßigen Platz in der Gemeinschaft der Nationen einzunehmen,

*in diesem Zusammenhang bekräftigend*, dass er die Durchführung des Afghanistan-Paktes, der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan<sup>179</sup> und der Nationalen Drogenkontrollstrategie<sup>180</sup>

*unter Hinweis* auf die Wichtigkeit der Erklärung von Kabul vom 22. Dezember 2002 über gutnachbarliche Beziehungen (Kabuler Erklärung)<sup>181</sup>, unter Begrüßung der am 19. November 2006 auf der zweiten Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan verabschiedeten Erklärung von Neu-Delhi<sup>182</sup>, mit Interesse der dritten Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan entgegensehend, die 2007 in Islamabad stattfinden soll, und betonend, wie entscheidend wichtig es für alle Parteien ist, die regionale Zusammenarbeit als wirksames Mittel zur Förderung der Sicherheit, des Regierungswesens und der Entwicklung in Afghanistan voranzutreiben,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seine Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 über Frauen und Frieden und Sicherheit,

die zentrale und unparteiische Rolle *unterstreichend*, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan wahrnehmen, indem sie bei den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft die Führung übernehmen,

31. Januar 2007 in Berlin abgehaltenen Treffens der Politischen Direktoren des Rates und ermutigt zu weiteren Anstrengungen, um geeignete politische Orientierungen auf hoher Ebene vorzugeben und ein kohärenteres internationales Engagement zu fördern;

9. *fordert* alle afghanischen Parteien und Gruppen *auf*, sich konstruktiv an einem alle Seiten einschließenden politischen Dialog im Rahmen der afghanischen Verfassung und von Aussöhnungsprogrammen unter afghanischer Führung sowie an der sozialen Entwicklung des Landes zu beteiligen, und betont, wie wichtig diese Faktoren zur Erhöhung der Sicherheit und der Stabilität sind;

10. *unterstreicht* die Notwendigkeit weiterer Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors, um unter anderem dem Ziel ethnisch ausgewogener afghanischer Sicherheitskräfte näherzukommen, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im ganzen Land sorgen, begrüßt in diesem Zusammenhang die laufenden Maßnahmen zur Erhöhung der Funktionsfähigkeit, Professionalität und Rechenschaftspflicht des Sicherheitssektors, namentlich auch der Afghanischen Nationalarmee und der Afghanischen Nationalpolizei, einschließlich der kürzlich von den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen Partnern vorgeschlagenen Beiträge, und fordert eine ordnungsgemäße Überwachung der Aufstellung der Hilfspolizei, damit deren Rechenschaftspflicht gegenüber den Zentralbehörden gewährleistet ist;

11. *begrüßt* den Beschluss der Europäischen Union, eine Mission auf dem Gebiet der Polizeiarbeit mit Verknüpfungen zum umfassenderen Rechtsstaatsaspekt und der Drogenbekämpfung einzurichten, welche die derzeitigen Bemühungen auf dem Gebiet der Polizeireform auf zentralstaatlicher und auf Provinzebene unterstützen und verstärken soll, und sieht der raschen Entsendung der Mission entgegen;

12. *begrüßt außerdem* den erfolgreichen Abschluss des im Oktober 2003 begonnenen Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozesses sowie den Beginn des Programms zur Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen sowie die in diesem Zusammenhang auf der zweiten Konferenz von Tokio zur Konsolidierung des Friedens in Afghanistan am 5. Juli 2006 eingegangenen Verpflichtungen, fordert die Regierung Afghanistans auf, die rasche Umsetzung des Programms im ganzen Land auf allen Ebenen entschlossen voranzutreiben, namentlich durch die Durchführung des kürzlich verabschiedeten Aktionsplans, und ersucht die internationale Gemeinschaft, bei diesen Anstrengungen weitere Hilfe zu leisten und dabei die von der Mission vorgegebenen Orientierungen umfassend zu berücksichtigen;

13. *betont* die Notwendigkeit rascherer Fortschritte bei der Durchführung der Zehn-jahresstrategie für die Justizreform im Rahmen des Afghanistan-Paktes, namentlich durch die Festlegung der Verantwortlichkeiten und die Bereitstellung angemessener Ressourcen, bittet die Regierung Afghanistans, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin auf die Schaffung eines fairen und transparenten Justizsystems hinzuarbeiten, namentlich die Wiederherstellung und Reform des Strafvollzugs, um die Rechtsstaatlichkeit im ganzen Land zu stärken und die Straflosigkeit zu beseitigen, und nimmt mit Interesse von der Initiative Kenntnis, in Rom eine Konferenz über Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan zu veranstalten, um das Engagement Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft zu Gunsten der Reform des Justizsektors zu stärken;

14. *begrüßt* die anhaltenden Bemühungen der afghanischen Behörden, Gesetzesreformen zu fördern, und betont, dass internationale Unterstützung beim Kapazitätsaufbau für diese Reformen und ihre Durchführung vonnöten ist;

15. *begrüßt außerdem* die Einsetzung der Provinzräte im Einklang mit der afghanischen Verfassung, ermutigt alle Institutionen, in einem Geist der Zusammenarbeit tätig zu sein, fordert die Regierung Afghanistans auf, die Reform der öffentlichen Verwaltung weiter voranzutreiben, um eine gute Regierungsführung, volle Repräsentation und

ten Wahlgesetzes sowie der finanziellen und politischen Unterstützung der Unabhängigen Wahlkommission, um sicherzustellen, dass sie über die benötigten Ressourcen verfügt, und dafür zu sorgen, dass in Afghanistan die Schaffung kostengünstiger und bestandfähiger Systeme eingeleitet wird, die zu freien, fairen und transparenten Wahlen beitragen werden;

17. *nimmt mit Besorgnis Kenntnis* von den Auswirkungen der weit verbreiteten Korruption auf die Sicherheit, das Regierungswesen und die Drogenbekämpfungsmaßnahmen, fordert die Regierung Afghanistans auf, mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft entschlossen die Führung bei der Korruptionsbekämpfung zu übernehmen und ihre Anstrengungen zur Schaffung einer wirksameren, rechenschaftspflichtigeren und transparenteren Verwaltung fortzusetzen, und begrüßt die jüngsten diesbezüglichen Schritte der Regierung;

18. *fordert* die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in ganz Afghanistan, ersucht die Mission, mit Unterstützung des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte auch weiterhin bei der vollinhaltlichen Umsetzung der Menschenrechtsbestimmungen der afghanischen Verfassung und der völkerrechtlichen Verträge, deren Vertragsstaat Afghanistan ist, behilflich zu sein, insbesondere was den uneingeschränkten Genuss der Menschenrechte durch die Frauen betrifft, lobt die afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission für ihre mutigen Anstrengungen zur Überwachung der Achtung vor den Menschenrechten in Afghanistan sowie zur Förderung und zum Schutz dieser Rechte;

19. *betont* die Wichtigkeit des von der Regierung Afghanistans in Gang gesetzten Prozesses der nationalen Aussöhnung und ermutigt zur vollinhaltlichen und raschen Umsetzung des Aktionsplans für Frieden, Gerechtigkeit und Aussöhnung im Einklang mit dem Afghanistan-Pakt mit internationaler Unterstützung, unbeschadet der Durchführung der vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999 und anderen einschlägigen Ratsresolutionen beschlossenen Maßnahmen;

20. *begrüßt* die Zusammenarbeit der Regierung Afghanistans und der Mission mit dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) bei der Durchführung der Resolution 1735 (2006) vom 22. Dezember 2006 und ermutigt zur Fortsetzung dieser Zusammenarbeit;

21. *begrüßt außerdem* die Fortschritte bei der Umsetzung der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan<sup>179</sup>, unterstreicht, dass die Regierung Afghanistans auch weiterhin eine Führungsrolle bei ihrer Umsetzung wahrnehmen muss, und ermutigt die Teilnehmer an der Londoner Afghanistan-Konferenz, die von ihnen gegebenen Zusagen, namentlich im Wege finanzieller Hilfe bei der Umsetzung der Strategie, auch künftig einzuhalten und ihre Erhöhung zu erwägen;

22. *verleiht seiner Besorgnis* über die schwerwiegenden Schäden *Ausdruck*, die der Anstieg beim Anbau und der Erzeugung von Opium und beim Opiumhandel für die Sicherheit, die Entwicklung und das Regierungswesen in Afghanistan, für die Region sowie auf internationaler Ebene darstellt, fordert die Regierung Afghanistans auf, die wirksame Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie<sup>180</sup> mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft voranzutreiben, und ermutigt die internationale Gemeinschaft, zusätzliche Unterstützung für die in der Strategie genannten vier Prioritätsbereiche zu gewähren, namentlich durch Beiträge zu dem Treuhandfonds für Drogenbekämpfung und durch die Fortsetzung der regionalen Zusammenarbeit im Kampf gegen den unerlaubten Handel mit Drogen und Vorläuferstoffen und gegen die mit diesem Handel verbundene Geldwäsche;

23. *begrüßt* die Ergebnisse der zweiten Ministerkonferenz über die von Afghanistan ausgehenden Routen des Drogenhandels, die von der Regierung der Russischen Föderation in Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung im Rahmen der Initiative des Pariser Paktes vom 26. bis 28. Juni 2006 in Moskau veranstaltet wurde<sup>184</sup>, und fordert die Staaten auf, die internationale und regionale Zusammenarbeit beim Vorgehen gegen die Bedrohung, die der internationalen Gemeinschaft aus der unerlaubten Erzeugung von und dem unerlaubten Handel mit aus Afghanistan stammenden Drogen erwächst, zu verstärken;

---

<sup>184</sup> Siehe S/2006/598, Anlage.

24. *fordert* alle afghanischen und internationalen Parteien *auf*, mit der Mission bei der Erfüllung ihres Mandats und bei den Anstrengungen zur Förderung der Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals im gesamten Land auch weiterhin zusammenzuarbeiten;

25. *fordert* die Regierung Afghanistans *auf*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, namentlich der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“, im Einklang mit den ihnen jeweils zugewiesenen und sich verändernden Verantwortlichkeiten, auch weiterhin gegen die Bedrohung der Sicherheit und Stabilität Afghanistans vorzugehen, die von den Taliban, der Al-Qaida, anderen extremistischen Gruppen und kriminellen Tätigkeiten ausgeht, begrüßt den Abschluss der Ausweitung der Truppe auf ganz Afghanistan und fordert alle Parteien auf, das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen zu achten und den Schutz des Lebens von Zivilpersonen zu gewährleisten;

26. *begrüßt* die laufenden Anstrengungen der Regierung Afghanistans und ihrer Partner in den Nachbarländern und der Region zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit, betont, wie wichtig eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und seinen Partnern gegen die Taliban, die Al-Qaida und andere extremistische Gruppen ist, um Frieden und Wohlstand in Afghanistan sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Entwicklung als Mittel zur Herbeiführung der vollständigen Integration Afghanistans in die regionale Dynamik und die Weltwirtschaft zu fördern, und begrüßt ferner die dabei erzielten Fortschritte;

27. *anerkennt* die Wichtigkeit der freiwilligen, sicheren und geordneten Rückkehr und der dauerhaften Wiedereingliederung der verbleibenden afghanischen Flüchtlinge für die Stabilität des Landes und der Region und ruft zur Fortsetzung und Ausweitung der diesbezüglichen internationalen Hilfe auf;

28. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat alle sechs Monate über die Entwicklungen in Afghanistan Bericht zu erstatten;

29. *beschließt*